

Schleswig-Holsteinischer Landtag

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Sonderausschuss „Verfassungsreform“**

18. WP - 1. Sitzung

am Montag, dem 3. Juni 2013, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Präsident Klaus Schlie

Peter Lehnert (CDU)

Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Vorsitzender

i.V. von Volker Dornquast (CDU)

### **Ständige wissenschaftliche Beraterinnen und Berater**

Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf

Prof. Dr. Ute Sacksofsky

Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig

### **Sonstige Anwesende**

Dr. Marcus Hahn-Lorber

### **Fehlende Abgeordnete**

Birgit Herdejürgen (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Terminplanung</b>	<b>4</b>
<b>2. Verfahrensfragen</b>	<b>6</b>
a) <b>Berichterstattewesen / Aufgabenverteilung</b>	
b) <b>Öffentlichkeitsbeteiligung</b>	
c) <b>Anhörungen</b>	
d) <b>Öffentlichkeitsarbeit</b>	
<b>3. Verschiedenes</b>	<b>7</b>

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Terminplanung**

Der Vorsitzende schlägt vor, dass sich der Ausschuss einmal monatlich montags jeweils um 10:00 Uhr trifft. Zusätzlich zu den monatlichen Ausschusssitzungen soll es auch Arbeitsgruppensitzungen geben. Diese sollen der Vorbereitung und vertiefenden Aufarbeitung der einzelnen Arbeitsbereiche im Vorfeld der öffentlichen Ausschusssitzungen dienen. Der Vorsitzende stellt zur Diskussion, inwieweit auch die wissenschaftlichen Beraterinnen und Berater in den Arbeitsgruppensitzungen anwesend sein sollen.

Der Abgeordnete Dr. Breyer spricht sich dafür aus, dass zwei bis vier Wochen vor der geplanten Behandlung eines Themas Formulierungsvorschläge vorliegen sollten. Er plädiert für eine zeitnahe Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, die durch Freischaltung einer E-Mail-Adresse gewährleistet werden sollte. Weiterhin spricht er sich für die schriftliche Anhörung externer Sachverständiger und Verbände aus. Über diese Punkte besteht Einvernehmen.

Auf Anregung des Abgeordneten Harms vereinbart der Ausschuss, dass die Ausschusssitzungen und die Arbeitsgruppensitzungen an Montagen mit Ausnahme der Sitzungswochen stattfinden. Vor der Sommerpause sollen die zu behandelnden Themen eingegrenzt und strukturiert werden.

In einer weiteren Ausschusssitzung am 18. Juni 2013 um 14 Uhr sollen die weiteren Verfahrensfragen auf Grundlage eines bis dahin im Entwurf vorzulegenden Terminplans der Landtagsverwaltung geklärt werden. Der Ausschuss verständigt sich darauf, dass die Fraktionen die Themen, zu denen sie Sachverständige anhören wollen, und für die Auswahl der Sachverständigen Vorschläge unterbreiten.

Der Abgeordnete Lehnert weist darauf hin, dass die Auswahl der Sachverständigen ausgewogen erfolgen müsse.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass in der Ausschusssitzung am 18. Juni 2013 möglichst herausgearbeitet werden solle, welche Themenfelder Aussicht auf einen Konsens bieten. Die Themen sollen in den Arbeitsgruppen jeweils vorbereitend aufgearbeitet werden.

Die Landtagsverwaltung wird die Arbeitsgruppentermine und die Versorgung der Arbeitsgruppen mit Unterlagen, sowohl papierhaft als auch digital, koordinieren.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Verfahrensfragen**

#### **a) Berichterstatterwesen/Aufgabenverteilung**

Der Ausschuss spricht sich dafür aus, die einzelnen zu behandelnden Themenkomplexe parallel zu erarbeiten. Für einen Themenkomplex soll jeweils ein Mitglied des Ausschusses federführend zuständig sein. Über die genaue Aufgabenverteilung wird nach Eingrenzung der Themen in der kommenden Sitzung am 18. Juni 2013 gesprochen werden.

#### **b) Öffentlichkeitsbeteiligung**

Die Landtagsverwaltung wird noch am Tag der Ausschusssitzung eine E-Mail-Adresse, [verfassungsreform@landtag.ltsh.de](mailto:verfassungsreform@landtag.ltsh.de), einrichten, an die die Bürgerinnen und Bürger ihre Vorschläge und Anregungen senden können. Die E-Mail-Funktion wird bis zum 15. September 2013 freigeschaltet bleiben. Die Landtagsverwaltung wird die Eingänge sichten. Texte mit anstößigem Inhalte und ohne jeden sachlichen Bezug werden zur Entlastung der Fraktionen nicht an diese weitergeleitet. Die anderen Nachrichten werden den Mitgliedern und wissenschaftlichen Beratern des Ausschusses weitergeleitet.

Der Abgeordnete Dr. Breyer spricht sich dafür aus, die Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger in einem Online-Forum zu veröffentlichen und dort zur Diskussion zu stellen. Die anderen Mitglieder des Ausschusses widersprechen diesem Vorschlag mit dem Argument, dies entspreche nicht dem Einsetzungsauftrag für den Sonderausschuss.

#### **c) Anhörungen**

Über die Anhörung der Sachverständigen wird in der Sitzung am 18. Juni 2013 beraten werden.

#### **d) Öffentlichkeitsarbeit des Ausschusses**

Die Landtagsverwaltung wird Arbeitsmaterialien zur Ausschussarbeit in einer eigens eingerichteten Rubrik „Sonderausschuss Verfassungsreform“ innerhalb der Internetpräsenz des Landtages veröffentlichen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Der Ausschuss verständigt sich darauf, dass etwa nach der Abarbeitung der Hälfte der Arbeitsplanung eine Klausurtagung stattfinden soll, sie soll gegebenenfalls zwei Tage dauern. Die Landtagsverwaltung wird die Klausurtagung in den Entwurf der Zeitplanung aufnehmen.

Die konkrete Einbeziehung der Sachverständigen in die zu behandelnden Themen wird erörtert.

Frau Prof. Dr. Brosius-Gersdorf regt an, die Sachverständigen insbesondere dort zu beteiligen, wo ihre besondere Expertise und Arbeitsschwerpunkte liegen. In Bezug auf ihre eigene Person stellt sie die Staatsziele, insbesondere den demografischen Wandel, die Stärkung des Parlaments gegenüber der Regierung, die Herausforderungen der digitalen Gesellschaft, das Recht des kommunalen Finanzausgleichs sowie das Recht der kommunalen Zusammenarbeit heraus.

Frau Prof. Dr. Sacksofsky weist darauf hin, dass sich ihre beratende Tätigkeit nach dem Beratungsbedarf des Ausschusses richten wird.

Die Landtagsverwaltung wird Aufträge zu Stellungnahmen und Gutachten bereits vor der Sommerpause entgegennehmen und einzelne Teilbereiche zur Vorbereitung der eigentlichen Ausschussarbeit nach der Sommerpause aufarbeiten. Zunächst wird sie dem Ausschuss als Arbeitsmaterial eine Übersicht anderer Landesverfassungen zur Verfügung stellen.

Der Abgeordnete Dr. Garg schlägt vor, dass die Mitglieder des Ausschusses anhand des Einsetzungsbeschlusses die zu behandelnden Themenkomplexe grob vorsortieren und erklären, wo sie Beratungsbedarf sähen und wo definitiv kein Beratungsbedarf aus Sicht der jeweiligen Fraktion bestehe. Dies stößt auf allseitiges Einvernehmen.



Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. Klaus Schlie

Vorsitzender

Dr. Marcus Hahn-Lorber

Geschäfts- und Protokollführer